

1917

"Der Wirklichkeit offen ins Auge sehen; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen, die Dinge beim Namen nennen, den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; keine Hindernisse fürchten, ehrlich sein im Kleinen wie im Großen; das Programm auf die Logik des Klassenkampfes stützen; Mut besitzen, wenn die Stunde des Handelns kommt – dies sind die Regeln der Vierten Internationale"

JOURNAL DER INTERNATIONALEN BOLSCHEWISTISCHEN TENDENZ

Extra-Ausgabe

September 2000

Nieder mit IWF und Weltbank! Enteignet die Enteigner!

Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank sind zwei der zentralen Mechanismen, um den kapitalistischen Raub international zu organisieren. Deshalb sind sie geeignete Ziele für den Protest all jener, die anerkennen, dass etwas gründlich verkehrt ist mit einer Welt, in der die Hälfte der Bevölkerung – über drei Milliarden Menschen – gezwungen ist, von zwei Euro [81 koruna] am Tag zu überleben. Die November-Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* berichtete: "Dreißig Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger. Und 800 Millionen leiden an chronischer Unterernährung". Der Autor, Ignacio Ramonet, fragte: "Muss das so sein? Die Antwort ist nein. Die UN schätzt, dass sämtliche Grundbedürfnisse der Weltbevölkerung nach Essen, Trinkwasser, Erziehung und medizinischer Versorgung gedeckt werden könnten durch einen Beitrag von weniger als 4 % des angehäuften Reichtums der 225 größten Vermögen."

Aber nichts wird sich wirklich ändern, so lange die Weltwirtschaft kapitalistisch geführt wird, d.h. um den Profit einer kleinen Elite auf Kosten der Mehrheit zu vergrößern.

"Globalisierung" ist eine neuer Ausdruck für eine alte Erscheinung. Der Kapitalismus funktioniert seit über einem Jahrhundert als Weltsystem, dominiert vom internationalen Finanzkapital. Allerdings haben während der letzten 25 Jahre die weltgrößten Unternehmen ihr Streben nach großangelegter internationaler Integration der Produktion beschleunigt. Dieser Prozess, angetrieben von der Gier nach immer höheren Profiten, hat das Leben von Millionen Menschen rund um die Welt aus den Fugen gebracht. Entwicklungen in Industrietechnologie, Transport und besonders Kommunikation haben diesen Prozess gefördert. Eine sozialistische Wirtschaft würde diese Fortschritte nutzen um Erwerbslosigkeit, Armut und Ungleichheit abzuschaffen statt auszudehnen.

Eine offensichtliche Besonderheit der heutigen "globalisierten" Ökonomie ist die Unverschämtheit mit der die Ausbeuter ihr rücksichtsloses Profitstreben geradezu zelebrieren. Bevor die Konterrevolution vor einem Jahrzehnt durch Osteuropa und die UdSSR stürzte, war die internationale Ausdehnung des Kapitals zum Teil gefesselt durch die Existenz bürokratisch deformierter, zentralisierter Planwirtschaften, die militärisch wie ökonomisch ein Gegengewicht zum westlichen Imperialismus darstellten. Die bloße Existenz der "kommunistischen" Staaten zwang die herrschenden Eliten Westeuropas, Japans und der USA einen Teil des ange-

häuften Profits abzuzweigen, um das Erziehungs- und Gesundheitssystem, Renten, Wohlfahrt und andere Sozialleistungen zu finanzieren. Dadurch waren sie auch gezwungen gelegentliche Zugeständnisse an die Interessen der neo-kolonialen Nicht-Pakt-Staaten zu machen. Trotz des unnützen Strebens nach "friedlicher Koexistenz" mit dem Imperialismus, lieferte die UdSSR wichtige materielle Unterstützung an die erfolgreichen Aufstandsbewegungen in China, Kuba und Vietnam, die deformierte Arbeiterstaaten nach dem Modell der stalinisierten Sowjetunion hervorbrachten.

Obwohl entstellt durch die bürokratische Irrationalität der Wirtschaft und die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse waren die Wirtschaftssysteme der Warschauer-Pakt-Staaten nicht vom Profitstreben bestimmt. Der Sieg des Imperialismus im Kalten Krieg - gekrönt durch den Triumph der Konterrevolution in der UdSSR im August 1991 - ermutigte die Kapitalisten weltweit und resultierte in einer Serie immer aggressiverer Angriffe auf die Werktätigen.

Obwohl die britische Socialist Workers Party - Schwesterorganisation der Socialistiska Solidarität (CR) und von Linksruck (D) - seit langem die UdSSR und ihre osteuropäischen Satelliten als "staatskapitalistisch" und ihre Wiedereingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt als folgenlos für die Arbeiter einschätzte, musste sie jüngst in einem Artikel über die Proteste in Prag zugeben:

"In der Tschechischen Republik, dem Ort des Treffens, sind diese Markt-'Reformen' verheerend für die einfachen Leute. Das 1990 eingesetzte Strukturanpassungs-Programm führte zu einem 13-prozentigen Verfall der realen Arbeitseinkommen, zur annähernden Halbierung der Sozialleistungen und großen Einsparungen bei Gesundheit und Erziehung."
(*Socialist Worker* [London], 10. Juni 2000)

Für Arbeiter in der UdSSR und anderen ehemaligen Staaten des Sowjetblocks ist die Lage noch schlechter. Dies wurde von Leo Trotzki, Lenins Partner in der bolschewistischen Revolution von 1917, vorhergesehen. Er erhob in den Dreißigern zum ersten Mal die Forderung nach einer politischen Revolution, um die stalinistische Oligarchie raus zu schmeißen und den Weg zu echtem Sozialismus beruhend auf Arbeiterdemokratie wieder zu öffnen. Heute stellen wir die gleiche Forderung für die verbleibenden de-

"Was sie uns in den Straßen sagen ist, daß wir zu diesem Thema geschwiegen haben ... und wir werden nicht länger schweigen." (*New York Times*, 2. Dezember 1999)

Clintons unmittelbares Ziel war es, Al Gores Aussichten auf die Präsidentschaft zu vergrößern; die indischen, brasilianischen und anderen Delegierten der "Dritten Welt" merkten jedoch sofort, dass von der WHO festgesetzte Arbeits- und Umweltstandards von den USA und anderen imperialistischen Mächten als protektionistisches Instrument benutzt würden. Arbeiter in den Halbkolonien werden keine Unterstützung ihrer Kämpfe durch die imperialistischen Oberherren kriegen. Was sie in den Kämpfen mit ihren einheimischen Herrschern und den Transnationalen brauchen ist aktive internationale Arbeitersolidarität.

Clintons Geschwätz von verbindlichen Arbeitsstandards trug dazu bei, die angestrebte Ausweitung des WHO-Mandates auf Landwirtschaft und Dienstleistungen (d.h. Bildung, Gesundheit, Unterbringung, Transport, Bibliotheken und andere Aktivitäten des öffentlichen Dienstes) von der Bahn abzubringen. WHO-Generalsekretär Mike Moore, ein ehemaliger Premierminister Neuseelands, beschwerte sich, dass

"er von den Amerikanern angeschmiert wurde. Er wird es öffentlich nicht zugeben, aber nachdem Präsident Bill Clinton sich entschied, Seattle zu benutzen um Al Gores Präsidentschaftswahl zu unterstützen, gab es keine Möglichkeit, die Sache wieder auf den richtigen Weg zu bringen." (*Sunday Star Times*, Auckland, 26. März)

Business Week, der *Economist* und jede andere erwähnenswerte internationale Wirtschaftspublikation stellten fest, dass die Demonstranten in Seattle die Tagessieger waren.

Das Leben muss nicht so sein

Die jungen Demonstrantinnen und Demonstranten, die Seite an Seite zum ersten Mal in den Straßen standen, entdeckten sowohl die Wirksamkeit von Massenaktionen als auch die extreme Brutalität, mit der die kapitalistische "Ordnung" aufrecht erhalten wird. Seattles Cops griffen friedliche Demonstranten wiederholt mit Gummiknüppeln, Pfefferspray, Luftdruck-Granaten, Tränengas und Gummigeschossen an. Der An- und Verkauf und das Tragen von Gasmasken waren in der gesamten Stadt verboten. Viele Demonstranten wurden verletzt und mehr als 500 verhaftet, obwohl die meisten Klagen seither fallengelassen wurden.

Die Konfrontation beim WHO-Treffen war seit den 70er Jahren der bisher höchste Punkt breitgefächerten Massenwiderstands gegen die Auswirkungen des Kapitalismus. Es war ein neues Erlebnis für die Generation, deren Erfahrungen durch eine Reihe von Niederlagen und Rückzügen der Linken gekennzeichnet sind: vom Fall der Sowjetunion über den Zusammenbruch der linken aufständischen Bewegungen von Lateinamerika bis Südafrika. Das neo-liberale Festhalten an der Allgewalt des Marktes, das die sozialdemokratischen Arbeiter-Massenparteien so stark durchdrungen hat, hatte auch Auswirkungen auf die außerparlamentarische Linke. Die Ereignisse in Seattle waren im Einklang mit der rebellischen Jugend rund um den Globus, denn sie verdeutlichten in kleinem Maße, dass populärer Widerstand gegen die Eliten nicht notwendigerweise ergebnislos ist und dass eine andere Zukunft zumindest eine greifbare Möglichkeit ist.

Lehren aus den 60ern

Es ist nicht überraschend, dass die Kräfte, die zu Massenaktionen gegen die Symbole der imperialistischen Mächte zusammenkommen, heutzutage eine ausgesprochen bunte Truppe sind. Für frühere Generationen gab es noch die Annahme, dass man beim Ablehnen des Kapitalismus die eine oder andere Version des "Kommunismus" unterstützen konnte. Der Zusammenbruch des bürokratisierten "real existierenden Sozialismus" im ehemaligen

sowjetischen Blocks wurde weitgehend als Beweis ausgelegt, dass eine moderne industrielle Wirtschaft nur auf der Basis eines wettbewerblichen Marktsystems organisiert werden kann. Die meisten Jugendlichen, die den IWF, die Weltbank, die WHO und die anderen internationalen Agenturen der imperialistischen Herrschaft hassen, bezeichnen sich deshalb selbst nicht als Sozialisten.

Trotz dieser Unterschiede war der soziale und politische Charakter der Kräfte im letzten Jahr in Seattle nicht allzu verschieden von den Kräften, die die Machthaber 1968 in Paris und Chicago erschütterten. Damals wie heute vermischten rebellische Jugendliche anti-autoritären Utopismus und idealistische Dritte-Welt-Begeisterung mit liberalem Einzelthemen-Reformismus. Damals wie heute war der gemeinsame Nenner, der eine vorübergehende Einheit ermöglichte, ein vager "Anti-Kapitalismus", welcher verschiedensten Interpretationen unterworfen war. Für einige war der Kapitalismus ein ewiges Übel, das nur durch Regulierungen und die Auflösung von Trusts kontrolliert werden kann. Andere waren bereit, rhetorisch radikale Darbietungen zu liefern, ohne dass sie üblicherweise ein klares Konzept hatten, wie das existierende soziale System beseitigt werden sollte oder durch was es zu ersetzen sei.

Die rebellische Jugend der 60er wurde durch den letztlich erfolgreichen militärischen Kampf geprägt, mit dem die vietnamesische Kommunistische Partei den U.S.-Imperialismus aus Südostasien vertrieb. Heute hat der Stalinismus in allen Varianten seinen Reiz verloren: Die aufbegehrende Jugend identifiziert sich politisch mangels anderer Möglichkeiten mit dem "Anarchismus", was von vegetarischem Lifestyle-Kult bis zu syndikalistischem Gewerkschaftertum alles erdenkliche bedeuten kann.

Die Hinwendung der Neuen Linken in den 60ern zum Stalinismus war durch eine Anhäufung politischer Ausschlüsse und physischer Angriffe auf die Anhänger rivalisierender Gruppen gekennzeichnet. Die Praktikanten solcher "harten" Taktiken glaubten, revolutionäre Festigkeit zu demonstrieren; in Wirklichkeit blockierten diese Versuche, andere Ansichten innerhalb der radikalen Linken zu unterdrücken, den Prozess der politischen Entwicklung zu einer echten revolutionären Praxis.

Unglücklicherweise sind einige derselben Tendenzen heute unter den Elementen der "anti-autoritären" Linken zu erkennen. In Britannien planen die anarchistischen Initiatoren der Demonstrationen am 18. Juni letzten Jahres ein großes "1. Mai 2000"-Fest, bei dem es Marxisten nicht erlaubt wird, Workshops zu machen oder Literatur zu verkaufen. Die Organisatoren begründen dies damit, dass "nur wer nicht-hierarchisch, nicht-autoritär und anti-staatlich ist, anti-kapitalistisch sein kann." Eine Gruppe von Linken schließt andere Linke für deren Mangel an "Anti-Autorität" aus – das ist wirklich grotesk. Ein solches Verhalten garantiert nur, dass der notwendige Prozess, die Frage "Was tun" zu klären, unterbunden wird.

Revolution versus Reformismus

Mit der Teilnahme an Kämpfen gegen die Symptome der kapitalistischen Herrschaft (d.h. Armut, Rassismus, Sexismus, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung) bemühen sich Revolutionäre, die Notwendigkeit des Umsturzes des sozialen Systems aufzuzeigen, das diese produziert. Wichtige Siege können durch Kämpfe um einzelne Fragen erungen werden; jegliche Konzessionen können aber später wieder umgekehrt werden, solange soziale Prioritäten durch das private Profitstreben und nicht durch menschliche Bedürfnisse bestimmt werden.

"Globalisierung" war schon immer ein Merkmal des Kapitalismus, wie Karl Marx und Friedrich Engels vor einhundertundfünfzig Jahren im Kommunistischen Manifest feststellten:

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel.

formierten Arbeiterstaaten (China, Cuba, Vietnam und Nord-Korea) auf, während wir sie unerschütterlich gegen imperialistische Aggression von außen und die inneren Agenten der Konterrevolution vom Schlage Lech Walesas oder Boris Jelzins verteidigen.

Unterdrückung und Widerstand

Das Ausmaß kapitalistischer Repression, dass sich gegen die Proteste in Seattle, Washington und nun in Prag richtet, unterstreicht wie wichtig es ist, dass Revolutionäre zusätzlich zu der Massenmobilisierung zum 26. September in Ereignisse wie die Gewerkschaftsdemonstration am 23. September intervenieren. Letztlich hat nur die Arbeiterbewegung international das nötige gesellschaftliche Gegengewicht, um die Flut der kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen.

Aktivisten und Aktivistinnen der Arbeiterklasse mögen heute an die Kämpfe reformistisch herangehen (Druck machen, um die Konzerne zu "verantwortlichem" Verhalten zwingen, den IWF zu

Verschiedene Ereignisse der vergangenen Jahre verdeutlichten die Stimmung des wachsenden populären Widerstands unter Jugendlichen gegen die kapitalistische Weltordnung. Am 18. Juni letzten Jahres überraschten Tausende von Demonstranten und Demonstrantinnen in London die Obrigkeiten, als sie zum Zeitpunkt des G-7-Gipfeltreffens in Köln einen Tag lang im Finanzdistrikt einen "Karneval gegen Kapitalismus" veranstalteten. Die Medien schrieben dies als Aktion anarchistischer Randelemente ab; die 50.000, die beim Treffen der Welthandelsorganisation (WHO) im November in Seattle protestierten, konnten sie jedoch nicht so leicht abtun. In Washington konfrontiert jetzt die "manchmal weit gestreute Anti-Konzernjugendbewegung" (wie die New York Times sie beschreibt) die zwei Säulen der globalen Finanzordnung: den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank.

Diese Demonstrationen vereinigten eine Reihe politisch ungleicher Elemente, viele mit stark widerstreitenden Programmen. Die meisten Demonstrierenden teilen jedoch ihre Bedenken über die sozialen Folgen der Jagd nach kurzzeitigen Profiten. Die heutige Jugend erlebt, wie Arbeiter aus ihren Jobs fliegen, Bauern ihr Land verlieren; sozialen Errungenschaften, die Generationen vor ihnen gewonnen haben, zerstört werden, während die Biosphäre durch giftige Emissionen transnationaler Firmen verschlechtert wird. Sie leben in einer Welt, in der Hunderte von Millionen Menschen unter der Last von Armut und Krankheit zerdrückt werden. Zur selben Zeit werden von einer winzigen Elite obszöne Massen von Reichtümern angehäuft: Es wird geschätzt, dass heute das Einkommen der 500 Reichsten das gemeinsame Einkommen der Hälfte der Weltbevölkerung übersteigt - drei Milliarden Menschen.

Bill Gates, einer der privilegierten 500 und ein offizieller Gastgeber der WHO-Gespräche in Seattle, verkündete salbungsvoll:

"Je größer der Erfolg dieses Treffens ist, faire und vorhersehbare Bedingungen für die Ausweitung des Welthandels zu etablieren, desto besser sind die zukünftigen Aussichten, nicht nur für unsere eigene Wirtschaft sondern für globalen Wohlstand." (New York Times, 29. November 1999)

Aber der "Erfolg" blieb aus, als 20.000 Demonstranten den Konferenzsaal blockierten und die Konferenz in ein Debakel verwandelten. Die Großfirmenberatung "Black, Kelly, Scruggs & Healy" beschrieb das Geschehen in Seattle als "ein alarmierendes Fenster in die Zukunft" und produzierte ein "Kompendium der Aktivisten bei der Minister-WHO", das 49 der beteiligten Organisationen auflistet. Was für eine Mischung: Gewerkschafter, feministische "Hexen", Christen, Anarchisten sowie Öko-Aktivisten besorgt über Schildkröten, Schmetterlinge und den Regenwald.

"demokratisieren", einen "gerechten Tausch" herbeizuführen, etc.): Sie können nur durch die politische Intervention von Revolutionären zur Entlarvung aller von den Gewerkschaftsbürokraten geförderten protektionistischen, sozialdemokratischen Illusionen verstehen, dass der Imperialismus nicht reformiert, sondern nur zerschlagen werden kann. Junge Kämpfer und Kämpferinnen, die den Imperialismus hassen aber den Arbeiterorganisationen den Rücken kehren, tragen nur dazu bei, die anhaltende politische Vorherrschaft der pro-kapitalistischen falschen Führer zu sichern.

Die Entwicklung einer politischen Massenbewegung, fähig das weltweite System organisierten Raubs auszurotten, erfordert die Schaffung einer disziplinierten revolutionären Organisation (einer "Kampfpartei"), ausgerüstet mit einem Programm, dass die Interessen der Arbeiter und der Unterdrückten in der "entwickelten" Welt mit jenen in den Neokolonien verbindet. Als Beitrag zum notwendigen politischen Kampf um ein solches Programm drucken wir das Flugblatt ab, das unsere Genossen letzten April bei der Massendemonstration in Washington D.C. verteilten.

Die Demonstration des AFL-CIO (US-amerikanischer Gewerkschaftsbund), zu der 30.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kamen und bei der pro-kapitalistische Gewerkschaftsführer ihre übliche Litanei der reformistischen und chauvinistischen Patentlösungen abspulten, war langweilig und rigide kontrolliert. Das Hauptziel der Gewerkschaftsbürokraten war ein Platz am Tisch, und sie waren extrem erfreut über die Einladung zu einer WHO-"Arbeitsgruppe".

Erheblich wichtiger war die Aktion der International Longshore and Warehouse Union (ILWU - Internationale Hafen- und Lagerhausgewerkschaft), die alle Häfen an der US-amerikanischen Westküste am ersten Tag des WHO-Meetings schloss. Es war bereits das zweite Mal in weniger als einem Jahr, dass die HafenarbeiterInnen-Gewerkschaft die Küste durch eine politische Protestaktion schloss (das erste Mal war im April 1999 in Solidarität mit dem schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal). Die ILWU-Führung ist letztendlich genauso pro-kapitalistisch wie der Rest des US-amerikanischen Arbeiter-Establishments; sie sitzen aber einer Gewerkschaft mit einer militanten Tradition und einer relativ kämpferischen Mitgliedschaft vor. Die Demonstration gewerkschaftlicher Macht durch die ILWU war für die New York Times zu gefährlich, um darüber zu berichten. Sie bevorzugte es, sich auf Denunzierungen der "Gewalt" durch eine Handvoll jugendlicher Scheibenwerfer zu konzentrieren.

Wahrscheinlich war das kennzeichnendste an der Seattle-Demonstration, dass die Gewerkschaftsbürokraten, die Lobbyisten der Umweltbewegung, die Verbraucherschützer und die Beschäftigten der NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) nicht sagten, wo es langgeht. Es war die direkte Aktion tausender von Demonstrantinnen und Demonstranten, die den starken Eindruck machte. Meinungsforschungen nach dem Geschehen bestätigten, dass es für jeden Demonstranten auf den Straßen in Seattle Tausende zu Hause gab, die ihnen zjubelten. Umfangreiche Anti-WHO-Demonstrationen fanden auch in Manila, London, Neu-Delhi statt und kleinere in Prag, Berlin, Genf und an vielen Stellen in Nordamerika.

Rückschlag für "Globalisierer"

Bill Clinton versuchte zynisch, die Dissidenten einzubinden, in dem er sich mit einigen Gewerkschaftsbürokraten traf und ihnen versprach, sich für Handelsanktionen einzusetzen, um "Mindest"-Arbeitsstandards zu erzwingen. Während die Polizei draußen Demonstranten schlug, erzählte Clinton den versammelten Delegierten:

Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen."

"Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. ... An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion."

Revolutionäre bekämpfen die WHO, den IWF und die Weltbank als imperialistische Agenturen, aber wir sind nicht der Ansicht, dass, wären sie morgen verschwunden, das System des Marktes irgendwie dazu gebracht werden könnte, "den Menschen zu dienen". Wie auch immer der Kapitalismus organisiert ist, er wird stets die Charakterzüge von Unterdrückung, Armut und Krieg tragen.

Der Ausgangspunkt für den Aufbau effektiven Widerstands gegen den Imperialismus ist die Erkenntnis, dass unser Hauptfeind im eigenen Land steht, also unsere eigene herrschende Klasse ist. Die AFL-CIO-Führung, die seit Generationen als Werkzeug der amerikanischen Großfirmen tätig war, um die militanten Arbeiterbewegungen in aller Welt zu untergraben, bringt heute das Gift des Handelsprotektionismus und der nationalen wirtschaftlichen Beschränkung als Antwort auf die kapitalistische "Globalisierung" hervor. Ganz speziell versuchen die Gewerkschaftsbürokraten, die populären Proteste vom Widerstand gegen die Macht der U.S.-Konzerne abzulenken auf einen Kreuzzug gegen China. Ihre Kampagne, die eine schädliche Mischung aus "gelber Gefahr"-Rassismus, Antikommunismus und chauvinistischer "Menschenrechte"-Heuchelei bildet, spielt direkt in die Hände von Pat Buchanan und anderen reaktionären "Bollwerk Amerika"-Demagogen.

Vor einem halben Jahrhundert machten die chinesischen Massen, geführt von Mao Tse Tungs Kommunistischer Partei, eine soziale Revolution, die die ausländischen Kapitalisten enteignete. Wegen des Fehlens einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse war das Resultat ein deformierter Arbeiterstaat, ähnlich der UdSSR unter Stalin. Die U.S.A. und ihre Alliierten, angestachelt durch den "Verlust" Chinas, haben ihre Ambitionen auf die Kontrolle über dieses strategisch wichtige Land nie aufgegeben. Washington sieht Chinas Integration in die WHO als Mittel zu diesem Zweck. Revolutionäre Marxisten sind absolut gegen die Restauration des Kapitalismus in China und treten für eine politische Revolution der Arbeiterklasse gegen die korrupte und repressive chinesische Bürokratie ein. Gleichzeitig sind wir gegen alle Handels-sanktionen gegen China.

Trotz aller Lippenbekenntnisse zum "Freien Handel" sind die Fragen des Handels und der Flaggen genauso miteinander verbunden, wie sie es immer waren. Alle wesentlichen kapitalistischen Mächte wenden die eine oder andere Form des Protektionismus an. Die U.S.A. benutzt "Anti-Dumping"-Zölle, während Japan sich auf komplexe Regulierungsvorschriften verlässt. In der Europäischen Union erhalten die Produzenten landwirtschaftlicher Güter eine jährliche Subvention von 44 Milliarden Dollar.

Der heutige Kapitalismus ist durch einen zunehmenden Drang gekennzeichnet, Gelder und Güter international zu bewegen, um maximale Profite zu erzielen. Das Kapital hat trotzdem eine nationale Identität insofern, dass die Profiteure - politisch und militärisch - national organisiert bleiben. Der globale Kapitalismus wird von einem Flickenteppich nationaler Staaten verwaltet. Da die Interessen der Hauptmächte divergieren, wird der Widerspruch zwischen internationaler Ausdehnung des Kapitals und seinen nationalen Wurzeln am Netzwerk aus IWF, WHO, Weltbank und anderen Institutionen, geschaffen um die inner-imperialistischen Widersprüche abzuschwächen, zerren. Dies wird zu offenen Handelskriegen zwischen konkurrierenden imperialistischen Blöcken führen.

Wirtschaftliche Konflikte zwischen den Hauptmächten haben im letzten Jahrhundert zweimal zu Weltkriegen geführt. Wenn das wieder geschieht, würde es einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg bedeuten, und damit würde das Ende der menschlichen Zivilisation drohen.

Es ist jedoch möglich, dass die Menschheit die Irrationalität der globalen kapitalistischen (Un-)Ordnung durch eine soziale Revolution überwindet, die die transnationalen Korporationen enteignet und eine rationale Planwirtschaft aufbaut. Das Haupthindernis für eine revolutionäre Massenbewegung sind die bewaffneten Kräfte eines Staates. Ein entscheidender Sieg gegen die kapitalistische Sozialordnung bedingt, dass der Zwangsapparat des Staates, der von einer Elite gehandhabt wird, zerbrochen und durch eine gesellschaftliche Macht ersetzt wird, die auf den Ausgebeuteten und Unterdrückten basiert. Dies erfordert die aktive Teilnahme einer erwachten Arbeiterklasse, die sich für die Interessen aller Unterdrückten einsetzt und sich verpflichtet fühlt, eine neue, egalitäre Weltordnung zu etablieren.

Ein solches Klassenbewusstsein und diese Gemeinsamkeit des Ziels mag heute unmöglich erscheinen und wird auch ohne die Schaffung einer revolutionären Organisation, die das Vertrauen von Millionen durch den Kapitalismus Unterdrückter und Ausgebeuteter gewinnt, unmöglich sein. Es ist der Kampf für den Aufbau eines solchen politischen Instrumentes, durch den das revolutionäre Bewusstsein und die gemeinsame Zielsetzung, die notwendig sind, um den Weltkapitalismus zu zerschlagen, geschmiedet werden.

Weder Freihandel noch Protektionismus - Enteignet die Transnationalen!

Nein zum Anti-China-Kreuzzug von AFL-CIA!

Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!

KONTAKT ZUR INTERNATIONALEN BOLSCHEWISTISCHEN TENDENZ

Gruppe Spartakus, Postfach 100601, 47006 Duisburg, DEUTSCHLAND

BCM Box 4771, London WC1N 3XX, BRITAIN

INTERNET: www.bolshevik.org

E-MAIL: ibt@babeuf.actrix.gen.nz